

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 29 (1950)
Heft: 5

Artikel: Finnlands Regierung ohne Sozialisten sucht Freundschaft mit Moskau
Autor: Fischer, Alfred Joachim
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336468>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Finnlands Regierung ohne Sozialisten sucht Freundschaft mit Moskau

Seit dem 13. März 1950 ist Finnland der einzige skandinavische Staat, der gegenwärtig keine sozialistische Regierung besitzt. Drei Jahrzehnte lang befanden sich die finnischen Sozialdemokraten ununterbrochen in der Verantwortung oder Mitverantwortung. Nunmehr wurden sie von dem Agrarier und bisherigen Reichstagspräsidenten Urho Kaleva Kekkonen mit aktiver Unterstützung zweier bürgerlicher Mittelgruppen — Schweden und Liberale — und passiver Unterstützung der Konservativen ausgebootet. Schweden, Liberale und Konservative hatten in der am 15. Februar durchgeführten Elektorenwahl des Staatspräsidenten gemeinsam gegen Kekkonen und für dessen greisen Gegenkandidaten Professor Juho Paasikivi gestimmt. Die Volksdemokraten — sie setzen sich aus einer kommunistischen Majorität unter der Führung Hertta Kuusinens und vereinzelten sozialdemokratischen Dissidenten zusammen — standen zur zurückgetretenen Regierung in Opposition. Die gleiche Haltung wird dem neuen Kabinett gegenüber eingenommen. Während sich aber die ganze Schärfe ihrer Polemik gegen den sozialdemokratischen Regierungschef Karl August Fagerholm, einen ehemaligen Barbier richtete, wird der Jurist und Bankdirektor Kekkonen persönlich verschont. Daraus ergibt sich die logische Folgerung, daß er auch für Moskau tragbarer sein muß.

Nach zwei kurz hintereinander verlorenen Kriegen mit allen Folgen hatte die sozialdemokratische Minderheitenregierung Finnlands Wiederaufbau und Konsolidierung in bewunderungswürdiger Weise vorwärtsgetrieben. Es glückte ihr, Preise und Löhne zu stabilisieren. Die Ernährungs- und Textiliensituation wurde wieder normal. Bis auf Zucker gab es praktisch keine rationierten Waren mehr. Kaffee und Konditoreiwaren wurden wieder erschwinglich. Ein Helsinkier Bauarbeiter verdiente 30 000 Finnmark monatlich und eine Sekretärin etwa 15 000, während Beamtengehälter unverhältnismäßig niedrig waren. Im Verhältnis zu diesen Einnahmen sahen die Preise bei unwesentlichen Schwankungen folgendermaßen aus: ein Kilogramm Fleisch 250—300 Mark, ein Kilogramm rationierter Kaffee 375 Mark, unrationierter 1250 Mark (1947: 2000), ein Paar Damenschuhe guter Qualität 2000 Mark, ein Alltagskleid 4000—5000 Mark und ein Paar Nylonstrümpfe amerikanischen oder französischen Fabrikats 650.

Nicht auf allen Gebieten bewiesen die regierenden Sozialdemokraten eine ebenso glückliche Hand. Während die Partei in den andern skandinavischen Ländern stark und einheitlich ist, wird sie in Finnland durch innere Macht- und Ideenkämpfe erschüttert. Innerhalb der Sozialdemokratie Finnlands gibt es heute zwei Zentralfiguren, die Gegenpole sind: Fagerholm und Vaino Tanner. Fagerholm hatte es schwerer. Schwedischsprachig mußte er sich unter seinen eigenen Genossen langsam durchsetzen. Seine Politik ist die der Mäßigung und des Kompromisses. So scheute er, selbst in allzu bindender programmatischer Form, vor neuen Sozialisierungen oder ausgesprochener ideologischer Anlehnung an Karl Marx zurück. Eben diese Haltung lieferte den Kommunisten eine willkommene Angriffsfläche. Fagerholm ist von den Kommunisten als Todfeind betrachtet und behandelt worden. Dabei gehört er keineswegs dem rechten

Flügel der Partei an. Er ist ein geradliniger, unbestechlicher Charakter. Im Kriege verlangten die Deutschen seine Abberufung als Minister, weil Fagerholm während Stockholmer Besuchen zuviel über die wahre finnische Stimmung und die wachsenden Friedenswünsche verriet und selbst Nazi gegenüber Norwegens Bedrückung offen kritisierte. Er ist im Porkalagebiet geboren, jener Halbinsel, die 25 Eisenbahnminuten von Helsinki entfernt liegt, an die Sowjetunion auf 99 Jahre verpachtet wurde und durch deren Territorium finnische Eisenbahnzüge 60 Minuten lang nur mit «blinden Fenstern» fahren dürfen. Porkala kontrolliert Helsinki strategisch. Dadurch befinden sich die Russen in der Hauptstadt, ohne dort zu sein. Die schier übermenschliche Aufgabe jeder finnischen Regierung ist es, mit ihnen einen *modus vivendi* ohne Aufgabe der eigenen westlich demokratischen Staatsform zu finden.

Seinen scharf geführten Kampf gegen die Kommunisten deuteten sie als antisowjetische Geste und identifizierten damit Antikommunismus und Russenfeindschaft. Diese bequeme Auffassung fand in Moskau ein willkommenes Echo. Hier aber muß der objektive Beobachter Vorwürfe gegen Fagerholm zurückweisen. Es ist nicht gerade geschickt, in dieser gefährdeten Sphäre den Kampf gegen den Kommunismus «bis zum bitteren Ende» zu proklamieren, wie das verschiedene der jüngeren sozialdemokratischen Minister taten. Der Kampf an sich aber bleibt eine Notwendigkeit. Ihm auszuweichen, hieße eine Prager Februarentwicklung heraufbeschwören.

Fagerholms Realismus und Kompromißbereitschaft fehlen Tanner vollkommen. Nach einer langen informativen Unterhaltung mit diesem Pionier der Internationalen Kooperativen Bewegung, die heute in Finnland über einen Viertel aller Haushaltungen erfaßt, stellt der Verfasser fest, daß es schwerfällt, von ihm nicht beeindruckt zu werden. Er besitzt Format, ist ein Finanzgenie und ein guter Analytiker. Tanners blinde *Russophobie* bringt ihn immer wieder an den Rand eines Abgrundes, in den nicht nur er selbst, sondern die ganze finnische Nation zu stürzen droht. Auch kann sich, was Tanner nicht einsehen will, die britische Labour Party einen ganz andern Ton erlauben als die finnische Sozialdemokratie. Die einen haben den Kanal und die andern Porkala.

Ryti, der Partner des berüchtigten von Regierung und Parlament nie sanktionierten Abkommens mit Ribbentrop, Tanner & Co. waren die Zielscheibe des sowjetischen und kommunistischen Hasses. Daß Tanner 1941 Marschall Mannerheims Überschreiten der Kareliengrenze von 1939 mißbilligte und in der Kriegsangelegenheit als einzigen historischen Fehler betrachtet, konnte an dieser Einstellung nichts ändern. Nach seiner Entlassung übernahm Vaino Tanner wieder eine führende Stellung in der Kooperative, hielt öffentliche Brandreden und ließ sich sogar am 15. Januar 1950 zum Elektor wählen. Er lieferte den finnischen Kommunisten willkommene Vorwände für ihre Antiregierungspropaganda in Moskau.

Zwischen Fagerholm und Tanner setzte ein Kampf um die Kandidatur Paasikivis ein, die eine Wiederwahl des klügsten finnischen Staatsmannes zeitweise in Frage stellte. Ersterer glaubte nicht an einen eigenen Parteikandidaten von ausreichendem Format. Darin fand er die Zustimmung der Exekutive. Von sozialdemokratischer Seite wurde im Parlament der Antrag gestellt, die Amtsdauer des Präsidenten, die am 1. März 1950 ablief, ohne Elektorenwahl um zwei Jahre zu verlängern. Bis dahin hoffte man auf genügende Popularität eines Sozialdemokraten, beispielsweise Fagerholms. Da die Volksdemokraten als einzige Gruppe mit Nein stimmten, kam die erforderliche Fünftelstimmmehrheit nicht zustande.

Nunmehr einigten sich Konservative, Liberale und Schweden auf Paasikivi als ihren Kandidaten, der sich selbst einen konservativen Liberalen nennt. Die Schweden stimmten rückhaltlos zu. Dem früheren Abgeordneten, Minister und Ministerpräsidenten Paasikivi verdanken sie eine konstitutionelle Garantie ihrer Rechte. Diese Bevölkerungsgruppe stellt 25 Prozent der Einwohner Helsinkis und rund 10 Prozent des ganzen Landes.

Die Agrarier entschlossen sich mit Kekkonen zu einer Parteikandidatur. Klug, witzig und ein Charmeur, begegnete mir in ihm ein ambitionierter und zielbewußter Politiker. Kekkonen, der mehrfach Minister war, die Flüchtlingshilfe leitete, als begeisterter Sportler lange Zeit an der Spitze des Olympischen Komitees stand und das Reichstagspräsidium von Fagerholm übernahm, kämpfte zusammen mit andern Parteifreunden erbittert gegen die faschistische Lappobewegung. Im Kriege schrieb er für die Zeitschrift *«Suomen Kuvalehti»* unter dem Pseudonym Pekka Peitsi über die wirkliche Situation, soweit solche Tatsachenberichte vom Zensor überhaupt durchgelassen wurden. Als das Komitee der 33, das Finnland aus dem Konflikt retten wollte, begründet wurde, gehörte Kekkonen dazu. Seine klare Stellung gegen den Faschismus ist also unbestreitbar. Kekkonens Gegner, darunter auch neugewonnene Koalitionspartner, sind sich aber über eine gleich kompromißlose Haltung kommunistischen Machtwünschen gegenüber nicht einig. Scherze, die von einer *«Kekkoslowakei»* sprachen, werden hoffentlich Scherze bleiben. Der agrarische Fraktionsvorsitzende Sukselainen, nunmehr Justizminister, verglich Kekkonen mit einem Hoffnungsstern für die Agrarier. Hoffnungsstern heißt: höhere Preise für landwirtschaftliche Produkte, Ausbau der Bodenreformpolitik (wahrscheinlich unmöglich gemacht durch die Koalitionspartner) und neue soziale Richtlinien, die einen Ausgleich dafür schaffen sollen, daß erwachsene Söhne und Töchter vieler Bauern ohne Lohn arbeiten müssen.

Recht interessant war das volksdemokratische Experiment. Ohne Aussicht auf definitiven Erfolg, aber als Kraftprobe, stellten sie den Generaldirektor für Forstwirtschaft Mauno Pekkala heraus. Pekkala, Fagerholms Vorgänger und Chef der grün-roten Koalition, war mit den Sowjets gut ausgekommen. Er ist sozialdemokratischer Dissident, während langjähriger Parteitätigkeit Tanners erbittertester, schließlich unterlegener Gegenspieler.

Indirekter sowjetischer Einfluß wurde bemerkbar und verschärfte sich später noch während der Regierungskrise. Polemiken gegen Finnland, Präsident Paasikivi und die Regierung gehörten seit langem in der russischen Presse und dem Moskauer Rundfunk zur Tagesordnung. Offiziell aber war das Verhältnis, wie man sich diplomatisch auszudrücken pflegt, durchaus korrekt.

Am 31. Dezember 1949 wurde jedoch dem finnischen Gesandten in Moskau von Gromyko eine scharfe Note ausgehändigt, in der die Sowjetunion Auslieferung von 300 Kriegsverbrechern (Flüchtlingen) verlangte, darunter 65 *«Kapitalverbrechern»*. In der finnischen Antwort kam es zur Zurückweisung dieser Vorwürfe. Nur vier Personen unter den 65 seien gefunden und verhaftet worden. Eine zweite Moskauer Note vom 28. Februar 1950 wiederholte nichtsdestoweniger die Anschuldigungen des 31. Dezembers. Darin wurde der finnischen Regierung auch Verletzung des Friedensvertrages und des Freundschaftspaktes mit der Sowjetunion vorgeworfen. (Inzwischen hat Finnland zwei Flüchtlinge an die Sowjetunion ausgeliefert. Red.)

Versöhnliche Gesten Helsinkis, darunter Freundschaftsbeteuerungen Paasikivis an die Moskauer Adresse sowohl in seiner Neujahrsbotschaft wie bei Eröffnung der neuen

Parlamentssession, blieben ohne Echo. Hingegen kursierten eifrig Gerüchte, Moskau wolle Friedensvertrag und Freundschaftspakt kündigen. Noch bitterer war die plötzlich einsetzende Wirtschaftsblockade. Alle Handelsverhandlungen in Moskau stockten. Nun ist aber Rußland der wichtigste Weizenimporteur und deckt zeitweise fast das gesamte Defizit von 300 Millionen Kilogramm. (Eigene Getreideproduktion: 400 Millionen Kilogramm.) Es hat also ähnliche Druckmittel in der Hand wie Deutschland während des Krieges.

Die mit Spannung erwarteten Elektorenwahlen brachten dann eigentlich nur Überraschungen. Trotz härtestem Frostwetter — selbst im südlichen Helsinki 30 Grad unter Null — gingen am 15. Januar 1 529 709 Menschen zur Urne, um die 300 Elektoren zu wählen.

Die Agrarier — 62 Elektoren — waren vom ersten Platz auf den vierten hinabgestiegen (1948: 455 635 Stimmen, 1950: 300 512). Dieses Resultat war wohl weniger eine Mißtrauenskundgebung gegen die Partei als ein persönliches Vertrauensvotum für Paasikivi. Wenn einzelne Finnen Kekkonen nunmehr einen toten Mann nannten, so war ihr Urteil, wie sich später herausstellte, ein Trugschluß. Die Konservativen — 68 Elektoren — stiegen von 320 429 Stimmen auf 334 156.

Nach ständigen Mißerfolgen während der letzten Wahlen zeigten die finnischen Liberalen gleich ihren Parteifreunden in vielen andern Ländern Erholungstendenzen (15 Elektoren oder 89 618 Stimmen statt 73 634). Den Liberalen kam auch ihre Listenverbindung mit der neuen Organisation «Selbständige Mittelklasse» zugute. Sie besteht vor allem aus Mitgliedern des Mittelstandes und der Beamtschaft und erstrebt unter anderm eine Einkommensnivellierung zugunsten der Beamten.

Die Schweden — 24 Elektoren — hielten ungefähr den traditionellen Wählerbestand: 136 593 statt 145 202. Ihre Paasikivipropaganda war die enthusiastischste.

Wägt man die volksdemokratischen und sozialdemokratischen Resultate gegeneinander ab, so ist Hertta Kuusinens Partei mit 67 Elektoren mandatsmäßig besser weggekommen als die Fagerholms mit 64. Selbst in der Wahlstimmenarithmetik ging der sozialistische Vorsprung fast verloren: 335 414 statt 449 719. (Volksdemokraten 329 418, 1948: 375 820).

Die dem Osten ideologisch zugewandten Kräfte sind eine Minderheit, aber keine zu unterschätzende. Ich führte eine lange informative Unterhaltung mit dem sozialdemokratischen Parteisekretär von Kemi. Interessanterweise bezeichnete er zwar den Streik als einen durch kommunistische Schuld politisch gewordenen, gab aber zu, daß die ursprünglichen Gründe wirtschaftliche gewesen seien und immer noch nicht beseitigt wurden. Hiermit war das Lapplandmonopol dreier Mammutholzfirmen gemeint, die eine Lohndiktatur ausüben. Bei mindestens so hohen Lebenshaltungskosten wie in Helsinki sind die Lapplandlöhne weit niedriger. Es ist schwer zu sagen, ob eine Minderheitenregierung hier überhaupt Möglichkeiten zur wirksamen Abhilfe gehabt hätte.

Auch Ereignisse außerhalb der eigenen Kontrolle wirkten sich dennoch ungünstig aus. Nach dem Export-Hochkonjunkturjahr 1948 sah das erste Halbjahr 1949 weit weniger vorteilhaft aus. Zweifache Devaluierung und eine erfreulichere Weltmarktlage gaben der Holz- und Holzverarbeitungsindustrie, als wichtigstem Ausfuhrzweig, wieder einen besseren Antrieb. Leider wirkte sich diese Entwicklung jedoch nicht sofort auf dem Arbeitsmarkt aus. Gab es Ende November 1948 3041 Arbeitslose und Ende Dezember 1948 13 209, so betragen 1949 zur gleichen Zeit die Ziffern 46 892 bzw. 58 075. Wiederum

wurde das traditionelle Notstandsgebiet Lappland besonders hart getroffen. Wer diese Provinz am und nördlich vom Polarkreis heute besucht, ist tief beeindruckt. Von den Deutschen 1944 total zerstört, ist sie über 100 Prozent wieder aufgebaut: moderner, hygienischer und einen größeren Realwert repräsentierend. Das Ende dieser Arbeiten ließ aber auch eine bisher noch nie dagewesene Arbeitsnachfrage und die damit verbundenen schwarzen Löhne verschwinden.

Noch kurz vor Torschluß waren die sozialdemokratischen Elektoren uneinig miteinander und entschlossen sich erst eine Minute vor zwölf zur Wiederwahl Paasikivis, der dadurch im ersten Wahlgang die notwendige Majorität nicht nur erhielt, sondern überschritt.

Fagerholms Flügel hatte also gesiegt, setzte sich in der Regierungsfrage nicht durch. Nachdem Konservative, Liberale und Schweden nicht mehr bereit waren, sein Minderheitenkabinett zu unterstützen, mußte eine neue Kombination gefunden werden. Für Finnlands Sozialdemokraten gab es zwei Wege: entweder einer von Paasikivi gewünschten großen Koalition beizutreten oder nach dreißig Jahren in die Opposition zurückzukehren. Nach Schwankungen und ersten vorsichtiger abwägenden Communiqués wurde dann mit sehr knapper Mehrheit die letztere, Tannersche Alternative ergriffen.

Genau so überraschend wie 1948 die Regierung Fagerholm war 1950 in wenigen Stunden Kekkonens Kabinett der Mitte formiert worden.

Es verfügt nur über 75 Abgeordnete unter 200, kann aber der konservativen Unterstützung und damit weiterer 33 Stimmen sicher sein. Die sozialdemokratische Opposition ist offiziell loyal, tatsächlich aber sehr kritisch.

Mit drei Schweden hat diese Partei seit der Befreiung Finnlands (1917) eine Rekordzahl aufgestellt. In Finnland glaubt man allgemein, daß Schwedens Neutralität in Moskau gutes Wetter macht und ihre Aufgabe Sturm für die Finnen bedeuten müßte. Eine finnische Regierung mit starker Beteiligung der Schweden muß aber sicherlich alle Chancen haben, in Stockholm einen guten Eindruck hervorzurufen.

Die zwei Liberalen dürften heute gleichzeitig als Treuhänder der Konservativen betrachtet werden, und unter den zehn restlichen Ministern befinden sich sowohl «Asphaltagrariere», wie Kekkonen und Sukselainen, als auch Bauern im wahrsten Sinne des Wortes.

Angelegentlich war man auf die Rückwirkung in Moskau bedacht. Nicht nur die erste Regierungserklärung war mehr als freundschaftlich. Darüber hinaus gehören sechs Kabinettsmitglieder der Finnisch-Sowjetischen Gesellschaft an, unter ihnen der neue Außenminister Ake Gartz, ein Schwede, früher Direktor eines führenden Holzkonzerns. Auch der liberale Minister für Handel und Industrie, Dr. jur. Sakari Tuomioja (bisher Generaldirektor der Bank von Finnland), verfügt über gute Brücken nach dem Kreml. Er ist Schwiegersohn Hella Wuolijokis, die für Rußland ihr Leben riskierte. Ob er das Wunder eines neuen günstigen Handelsvertrages mit der Sowjetunion vollbringt, muß abgewartet werden.

Von westlicher Seite hat jede nichtkommunistische Helsinkier Regierung nur Sympathien zu erwarten. England und Amerika bewiesen sie durch einen hervorragenden Informationsdienst, ersteres fernerhin durch regsten Handel — es ist Exporteur und Importeur Nr. 1 — und letzteres durch eine Anleihe- und Kreditpolitik, die den Marshall-Hilfe-Ausfall etwas kompensieren.

Kekkonens politische Zukunft aber wird nicht in London und auch nicht in

Washington bestimmt oder beeinflußt. Stockholms Politik spielt bereits eine entscheidendere Rolle. Im Innern hängt alles davon ab, ob es ihm gelingt, die Preisforderungen seiner eigenen Anhänger in halbwegs erträgliche Kanäle zu lenken und, was noch schwerer erscheint, die Lohnforderungen der Arbeiter zu beruhigen. (Selbst Regierungen unter sozialistischer Führung oder Beteiligung glückte das nicht immer.) Der Schwerpunkt bleibt Moskau. Will der Kreml eine freundliche Regierung in Helsinki, so ist sie bereits vorhanden. Da ihm aber im allgemeinen «freundlich» längst nicht mehr genug ist und statt Freundschaft blinde Gefolgschaft erwartet wird, halte ich optimistische Prognosen mindestens für unvorsichtig. *(Copyright by A. J. Fischer.)*

Demokratisierung des Wahlrechts durch Brechung der Vorrechte des Geldsacks

Die britischen Parlamentswahlen im Februar unterschieden sich auch in der Form einigermaßen von früheren Wahlgängen: von der Öffentlichkeit ziemlich unbemerkt, war 1948 eine Reform der bestehenden Wahlordnung («Volksvertretungsgesetz») durchgeführt worden, durch die die sozialistische Mehrheit versucht hatte, unter striktem Festhalten an den traditionellen Freiheiten des Bürgers die Möglichkeiten der unfairen Beeinflussung des Wählers auszuschalten oder zumindest einzuschränken, die die «kapitalkräftigen», das heißt die von den an dem Wahlausgang direkt interessierten Industriellen- und Arbeitgeberorganisationen finanziell unterstützten Parteien vor den übrigen voraushaben. Es ging hier um die Liquidierung eines ungerechtfertigten Privilegs auf einem Gebiete, auf dem sich unseres Wissens der Reformeifer anderer sozialistischer Parteien noch nicht betätigt hat, und es mag darum nützlich sein, mehr über den Inhalt der Reform sowie über die mit ihr gemachten Erfahrungen zu sagen.

Die Wahlauslagen der einzelnen Parlamentskandidaten sind nun nach oben begrenzt. Jeder der Kandidaten hat das Recht, für Propagandazwecke bis zu einer oberen Grenze ebensoviel auszugeben wie seine Gegenkandidaten, so daß bei der Agitation die Tatsache, daß einer der Kandidaten einen stärkeren finanziellen Rückhalt besitzt als die andern, keine Rolle mehr spielen kann. Das bewilligte Ausmaß setzt sich aus einem für alle Wahlkreise gleichen Grundbetrag (450 Pfund) und einem nach der Wählerzahl abgestuften Zuschlag zusammen; durchschnittlich kann ein Kandidat 700 bis 800 Pfund ausgeben. Eine weitere Hilfe für die Kandidaten ergibt sich aus dem Recht, eine Aussendung an alle Wähler und Wählerinnen portofrei von der Post befördern zu lassen. Eine weitere Einschränkung besteht für die Benützung von Autos für Propaganda- und Schlepperdienste am Wahltag. Es ist ein strafbares Vergehen, in einem nicht für diese Zwecke extra registrierten Auto jemanden andern als den Autobesitzer und seine mit ihm im gleichen Haushalt wohnenden Familienangehörigen zum Wahllokal zu bringen. Die einzelnen Kandidaten bzw. ihre Bevollmächtigten können sich für diese Zwecke von ihren politischen Freunden Autos zur Verfügung stellen lassen, doch ist deren Höchstzahl beschränkt. Sie richtet sich nach der Wählerzahl im betreffenden Wahlkreis und ist verschieden groß, je nachdem es sich um einen städ-